

Inhalt

- 1. Einleitung**
- 2. Medienpolitik der CDU**
 - 2.1. Duale Rundfunkordnung**
 - 2.1.1. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk**
 - 2.1.2 . Privater Rundfunk**
 - 2.2 . Printmedien**
 - 2.3. Neue Informations- und Kommunikationstechniken**
 - 2.4. Medienverantwortung/-erziehung**
 - 2.5. Deutsche Welle**
 - 2.6. Filmpolitik**

1. Einleitung

Der Mediensektor ist einer der dynamischsten Wachstumsmärkte der Zukunft und gehört zu den volkswirtschaftlichen Motoren. Durch die ständigen Neuerungen bei den Informations- und Kommunikationstechnologien verändert sich die Medienlandschaft rasant. Inmitten des digitalen Zeitalters gewinnen besonders die neuen Medien in vielen Bereichen unseres Lebens zunehmend an Einfluss und setzen neue Maßstäbe: Ob am Arbeitsplatz, in der Schule, in der Ausbildung oder im privaten Umfeld, die fortschreitende Digitalisierung führt nicht nur zu einer zunehmenden Konvergenz der Medien, sie stellt auch die Nutzer und die Medienpolitik vor neue Herausforderungen.

Die wichtigste Voraussetzung für eine funktionsfähige Medienordnung in unserem demokratischen Staatswesen ist die Sicherung der Vielfalt und Qualität der Medien – auch im digitalen Zeitalter. Die CDU Deutschlands will die Rahmenbedingungen für den Mediensektor als einen Innovations- und Wachstumsmarkt so gestalten, dass sich diese für die Zukunft des Landes wichtige Branche optimal entwickeln kann. Wir sind gefordert, die guten Wachstumsperspektiven nicht durch überflüssige Belastungen zu gefährden.

Medienpolitik ist aber mehr als Wirtschafts- und Standortpolitik. Medien sind ein besonders schützenswertes Kulturgut und damit ein wichtiges Element unserer freiheitlichen Ordnung mit einer herausgehobenen Verantwortung. Presse- und Meinungsfreiheit sind als Grundpfeiler unserer Demokratie und für die Kulturnation Deutschland unverzichtbar. Medienpolitik muss einen Beitrag zur Sicherung und Weiterentwicklung der kulturellen Identität unserer Nation schaffen. Deshalb ist der Bildungs-

auftrag neben der Presse- und Meinungsfreiheit sowie der Medienvielfalt ein wichtiger Eckpfeiler unserer Medienpolitik.

2. Die Medienpolitik der CDU

2.1. Duale Rundfunkordnung

Die CDU Deutschlands bekennt sich zur gewachsenen dualen Rundfunkordnung. Die Kombination aus öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern ist der Garant für unser reichhaltiges mediales Angebot und sichert für die Zukunft stabile Arbeitsplätze im Rundfunkbereich. Unsere Medienpolitik will auch in Zukunft klare Strukturen schaffen, um beiden Säulen des dualen Systems faire Entwicklungschancen zu ermöglichen. Wir wollen zwei gleichberechtigte Partner im dualen System.

2.1.1. Öffentlich-rechtlicher Rundfunk

Es gilt, den Fortbestand des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu sichern: Als ein integraler Bestandteil unseres demokratischen, gesellschaftlichen und kulturellen Lebens sind die Programme von ARD und ZDF unverzichtbar. Im sich verschärfenden Wettbewerb des digitalen Zeitalters wird es umso wichtiger, dass die Öffentlich-Rechtlichen den Menschen ein objektiver und glaubwürdiger Informationsanker sind.

Wir treten dafür ein, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk auch in Zukunft seine originäre Aufgabe der Grundversorgung umfassend erfüllen kann. Dazu gehören der besondere verfassungsrechtliche Schutz ebenso, wie das Finanzierungsprivileg.

ARD und ZDF müssen die Möglichkeit haben, auf allen Plattformen präsent zu sein, wo das breite Publikum der Medienwelt anzutreffen ist. Sie müssen technisch und finanziell in die Lage versetzt werden, ihren spezifischen Auftrag auch mit Hilfe neuer Technologien zu erfüllen. Dies darf nicht zu einer Programmausweitung oder einer übermäßigen finanziellen Belastung des Gebührenzahlers führen. Programminnovationen müssen innerhalb der vorhandenen Sender erfolgen. Eine Expansion des öffentlich-rechtlichen Rundfunks zu Lasten der privaten Konkurrenz lehnen wir ab. Langfristig kann über eine reine Gebührenfinanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks nachgedacht werden.

Die Erfüllung des Grundversorgungsauftrages mit den Schwerpunkten Bildung, Information, Unterhaltung und Kultur muss wieder stärker in den Focus der Programmacher rücken. Information und Kultur dürfen nicht weiter abgeschmolzen und in die Spartenkanäle abgeschoben werden – sie müssen im Hauptprogramm stattfinden. Priorität muss die Qualität haben, nicht die Quote. Der Grundversorgungsauftrag ist im Rundfunkstaatsvertrag sowie in den Mediengesetzen der Länder zu konkretisieren.

Die Intendanten der öffentlich-rechtlichen Anstalten haben beim Bundesverfassungsgericht Klage gegen das zurückliegende Verfahren zur Gebührenfestsetzung

eingereicht. Falls das jetzige System der Gebührenfestsetzung nach dem Urteil der Bundesverfassungsrichter keinen Bestand mehr haben sollte, muss über alternative Modelle nachgedacht werden. Auch mit Blick auf die Erhebung von Rundfunkgebühren für neuartige Rundfunkempfangsgeräte, wie internetfähige PCs oder Handys, gilt es, die alleinige Anknüpfung an das Empfangsgerät zu überprüfen.

Auch in Brüssel steht die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks durch das Verfahren der EU-Kommission auf dem Prüfstand. Bund und Länder unterstützen die Interessen von ARD und ZDF nach besten Kräften. Gemeinsam mit der Kommission arbeiten sie konstruktiv am Erhalt eines zukunftsfähigen dualen Rundfunksystems. Dabei gilt, dass Europa die Besonderheiten des deutschen dualen Systems und dessen Finanzierung ebenso berücksichtigen muss, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk bezüglich seiner Finanzierung für ein maximales Maß an Transparenz sorgen muss.

2.1.2. Privater Rundfunk

Der private Rundfunk in Deutschland ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, der auf wirtschaftsfreundliche Rahmenbedingungen angewiesen ist. Für ein erfolgreiches Bestehen brauchen Privatsender vor allem eine florierende Werbewirtschaft. Diese Grund-Voraussetzung für die private Rundfunkwirtschaft zu schaffen, ist unser Ziel.

Inhaltlich werden laut Rundfunkstaatsvertrag geringere Anforderungen an die Privaten als an die Öffentlich-Rechtlichen gestellt, dennoch sollte auch hier ein qualitativer Mindeststandard eingehalten werden. Insbesondere müssen die Menschenwürde geachtet und die Regeln des Jugendschutzes eingehalten werden. Ansonsten setzen wir auf mündige Bürgerinnen und Bürger, die selbst entscheiden, was sie sehen wollen. Die Vielfalt der Medienangebote bietet die Gewähr dafür, dass der Zuschauer wählen kann.

Die staatsfreie Selbstkontrolle privater Medien sichert Eigenverantwortung und Unabhängigkeit und sollte für künftiges europäisches Recht beispielgebend sein. Die Medienregulierung ist im Interesse von politischer und ökonomischer Effizienz sowie zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit durch eine in ihren Zuständigkeiten gebündelte und mit einheitlichen Maßstäben arbeitende Medienaufsicht zu ersetzen.

Die CDU setzt sich für eine Liberalisierung der Werberegeln ein. Es gilt, die Vorschriften für den privaten Rundfunk im Bereich der Blockwerbung und der stündlichen Werbebegrenzung zu lockern. Selbstverständlich müssen Werbung und Inhalte klar getrennt und die Belange des Jugendschutzes beachtet werden. Product Placement lehnen wir aus Gründen der Glaubwürdigkeit ab.

2.2. Printmedien

Printmedien sind privatwirtschaftlich und damit frei und unabhängig organisiert. Die CDU Deutschlands unterstützt diese Ausrichtung nachhaltig. Die Aushöhlungen des

Tendenzschutzes lehnen wir ab. Ebenso wie Beeinträchtigungen der publizistischen Freiheit oder die zunehmende Zahl von Werbebeschränkungen.

Aus unserer Sicht werden Printmedien, Bücher, Zeitungen und Zeitschriften als Träger von Information und Bildung sowie als ein elementarer Bestandteil unserer Gesellschaft unterschätzt. Das gedruckte Wort besitzt eine überragende Akzeptanz als Mittler verlässlichen Orientierungswissens. Es ist ein großes Anliegen der CDU Deutschlands, die Leselust der Menschen, insbesondere von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Das Projekt Zeitungen in der Schule ist ein hervorragender Ansatzpunkt, den es weiter zu verfolgen gilt.

Die Umsatzeinbrüche in der Werbung haben die Medien insgesamt, insbesondere die Printmedien hart getroffen. Den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen sollte in einer abgeänderten Pressefusionskontrolle Rechnung getragen werden. Die CDU ist bereit, über eine vernünftige und verhältnismäßige Anhebung der Schwellenwerte bei der Fusionskontrolle ebenso zu diskutieren wie über sinnvolle Konkretisierungen und Verbesserungen bei allgemeinen und schon jetzt möglichen Gesamtkooperationen sowie bei speziellen Kooperationen im Anzeigenbereich.

2.3. Neue Informations- und Kommunikationstechniken

Die Nutzung digitaler Medien und das Zusammenwachsen der Medien mit der Telekommunikationswelt gewinnen für unsere Gesellschaft zunehmend an Bedeutung und eröffnen dem Wirtschaftsstandort Deutschland neue Möglichkeiten. Es gilt daher, die Digitalisierung in Deutschland weiter voranzutreiben. Der beschlossene Umstieg von analoger auf digitale Verbreitung im Jahre 2010 darf als Zielmarke nicht aufgegeben werden.

Neben die „traditionellen“ Medien ist eine Vielzahl neuer Dienste getreten. Gleichzeitig ist die Medienwirtschaft vom einem weltweiten Zusammenwachsen bisher getrennter Kommunikationstechniken geprägt: Integration von Sprache, Text, Video und Audio durch Telekommunikation, Unterhaltungselektronik und Computertechnik.

Die Konvergenz verändert jedoch nicht nur das mediale Angebot, sondern auch die Nutzung und stellt die Medienpolitik vor neue Herausforderungen. Unser Ziel ist es, neue Chancen und Möglichkeiten nicht durch Überregulierung zu verhindern. Unser Grundsatz lautet: so viel Freiheit wie möglich, so viel Ordnung wie nötig. Dies gilt auch mit Blick auf die zunehmende vertikale Integration gerade im Rundfunkbereich: Nachdem die Grenze zwischen Infrastruktur- und Contentanbietern verschwimmt, ist sicherzustellen, dass den herkömmlichen Programmanbietern ein diskriminierungsfreier Zugang zum Endkunden erhalten bleibt.

Wichtig ist eine flächendeckende digitale Versorgung. Derzeit können beispielsweise rund 90 Prozent der deutschen Haushalte DSL empfangen. Damit verfügt der Medienstandort Deutschland in diesem Bereich über eine hervorragende technische Infrastruktur, die intensiveren Wettbewerb zum Beispiel bei Telephonie und Hochgeschwindigkeits-Internet zulässt. Ziel ist es auch zukünftig all unsere Übertragungswege effizient zu nutzen.

2.4. Medienverantwortung/-erziehung

Wir wollen freie und unabhängige Medien, die mit einem verantwortungsbewussten Umgang des in der Verfassung garantierten Grundrechts der Meinungs- und Pressefreiheit zu einer wirksamen Kontrolle staatlicher Macht beitragen. Die Unabhängigkeit der Medien ist durch freiheitliche Mediengesetze, privatwirtschaftliches Engagement, den Markt als Korrektiv und staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk gesichert.

Parteien als Zeitungs-Verleger oder als private Rundfunkveranstalter passen nicht in eine liberale Medienordnung. Ihre unternehmerische Tätigkeit, die den chancengerechten Wettbewerb von Parteien im Meinungs- und Willensbildungs-Prozess beeinträchtigt, ist gesetzlich zu unterbinden.

Die Freiheit der Medien muss mit Verantwortung bei der Vermittlung von Informationen gepaart sein. Journalismus ist keine Mission, sondern professioneller Dienstleistungs-Auftrag der Information. Journalisten müssen sich der Wahrheit, nicht der Sensation verpflichtet fühlen. Die Einhaltung der verfassungsmäßigen Ordnung und des Persönlichkeitsschutzes sowie die Rücksichtnahme auf sittliche, religiöse und weltanschauliche Überzeugungen sind wesentliche Gebote journalistischer Selbstverantwortung.

Angesichts der verharmlosenden und immer hemmungsloseren Darstellung von Gewalt in Massenmedien, Videofilmen oder Computerspielen rufen wir nicht nur die Eltern zur Wahrnehmung ihres Erziehungsauftrages auf. Wir wollen auch eine Verbesserung des Jugendmedienschutzes, für den die Zuständigkeiten bei einer Aufsicht gebündelt werden müssen. Die einheitliche Zuständigkeit der Länder für den Jugendschutz im Bereich der elektronischen Medien ist ein erster wichtiger Schritt. Es gilt auch europaweit Mindeststandards im Jugendschutz wie in Deutschland umzusetzen.

Es gehört aber auch eine qualifizierte Medienerziehung der Kinder bereits im Kindergarten sowie in der Schule dazu. Außerdem sollte Medien-Ethik Bestandteil einer breiten gesellschaftlichen Diskussion sein und auf die Tagesordnung selbstkritischer Bestandsaufnahmen der Medien-Macher kommen.

Schulen und Hochschulen müssen stärker ans Internet angebunden werden. Die Aus- und Fortbildung von Lehrern muss im Interesse der Integration digitaler Unterrichtsinhalte verbessert werden. Internet geht uns alle an. Zur Verhinderung von digitalem Analphabetismus müssen Angebote und der Zugang für alle Alters-, Bildungs- und Einkommensschichten verbessert werden.

2.5. Deutsche Welle

Dem Auslandsfunk kommt die Aufgabe zu, unser Land der Welt vielfältig und realistisch darzustellen und gleichzeitig eine Stimme der Freiheit für Menschen ohne Informationsfreiheit zu sein.

Im Interesse ihrer Glaubwürdigkeit muss die Deutsche Welle staatsfern und unabhängig sein. Sie braucht eine aufgabengerechte Finanzausstattung. Sie sollte im zusammenwachsenden Europa vermehrt die Zusammenarbeit mit anderen europäischen Auslandsrundfunksendern suchen, das Internet für den interkulturellen Dialog nutzen und ihren Krisenrundfunk ausbauen. Gleichzeitig sollte sie stärker als bisher als Instrument zur weltweiten Vermittlung der deutschen Sprache eingesetzt werden. Wir wollen eine verbesserte mediale Außendarstellung unseres Landes.

2.6. Filmpolitik

Der Film ist ein wichtiges Kultur- und Wirtschaftsgut. Mit dem Konzept „Anreiz zur Stärkung der Filmproduktion in Deutschland“ ist die Bundesregierung unter der Leitung von Dr. Angela Merkel diesem Umstand gerecht geworden und hat das ehrgeizige Vorhaben des Koalitionsvertrages umgesetzt, die Rahmenbedingungen für den deutschen Film zu verbessern. Für die Dauer der Legislaturperiode werden jährlich 60 Millionen Euro zur Filmfinanzierung zur Verfügung gestellt. So erhalten Produzenten ab 1.1.2007 für die Herstellung eines Kinofilms eine Erstattung zwischen 15 und 20 Prozent der in Deutschland ausgegebenen Produktionskosten. Damit werden für die deutsche Filmwirtschaft international wettbewerbsfähige, mit anderen EU-Ländern vergleichbare Bedingungen geschaffen.